

Vieles wurde besser, aber längst nicht alles

Wahlbekanntschaften Die CDU-Bundestagsabgeordnete und -kandidatin Annette Widmann-Mauz sprach mit Pflegekräften der Tübinger Diakonie-Sozialstation. Deren größtes Problem: neues Personal zu finden. *Von Sabine Lohr*

Diesen Termin nimmt die CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz gerne an: Ein Gespräch mit den Pflegekräften der Diakonie-Sozialstation Tübingen. Schließlich hat Widmann-Mauz als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium das neue „Pflegestärkungsgesetz“ mit auf den Weg gebracht. Und von denen, die es in der Praxis jeden Tag damit zu tun haben – von den Pflegekräften –, will sie nun wissen: „Was ist gelöst, was nicht? Wie sieht es mit der Pflegekraftgewinnung aus?“

Gerne wäre sie auch mitgefahren zu einem Patienten oder Kunden – „ich mag beide Begriffe nicht, die hören sich so abhängig an“, sagt Widmann-Mauz. Aber das ging nicht. „Unsere Patienten überfordert es, wenn da plötzlich so viele kommen“, erklärt Rosa Uhl, die Pflegedienst- und Einsatzleiterin der Station in der Villa Metz. Aber auch sie setzt sich gern mit Widmann-Mauz zusammen und hat die beiden Pflegekräfte Annegret Carlsen-Reinert und Waldemar Holtorff dazu gebeten. Und Cornelia Weber, die die Diakonie-Sozialstationen im Landkreis Tübingen berät.

Was also hat sich geändert? Das neue Pflegestärkungsgesetz soll sich stärker an den Bedürfnissen der Patienten orientieren und allen Pflegebedürftigen die Leistungen der Pflegeversicherung zugute kommen lassen. Dafür bekommt Widmann-Mauz von allen viel Lob. Auch die Dokumentation sei jetzt viel besser – vor allem die so genannte „strukturierte Informationssammlung“. In der werden die wichtigsten Infos über einen Patienten zusammengestellt – was es einfacher für die Pflegekräfte macht, die sich schnell einen Überblick verschaffen können. Uhl sagt: „Von der bin ich ein richtiger Fan.“

Zu den neuen Angeboten gehört auch die Beratung über die Leistungen der Pflegeversicherung. Die hat es offenbar in sich: Da gibt es Erstattungsleistungen und Sachleistungen und auch viele neue Angebote. „Selbst die erwachsenen Kinder der älteren Klienten verstehen nicht, wer welche Leistungen bezahlt und was wie beantragt werden muss“, kritisiert Uhl. Widmann-Mauz lobt das Infomaterial, das die Angehörigen bekommen, und Uhl stimmt ihr zu, wendet aber ein: „Bei Menschen, die kognitiv eingeschränkt sind und deren Kinder vielleicht noch weit weg wohnen, ist es schwierig, das Leistungsrecht zu vermitteln. Die wollen eben wissen: Was bleibt unterm Strich übrig?“ Schließlich muss für jeden Griff und jede Beratung bezahlt werden. In Tübingen, sagt Uhl, gebe es „ein unglaubliches Gefälle – da gibt es Leute, die haben gar nichts, und andere, die sehr wohlhabend sind.“



Etwas skeptisch hören Rosa Uhl, Waldemar Holtorff und Annegret Carlsen-Reinert (von rechts) von der Diakoniestation der CDU-Bundestagsabgeordneten Annette Widmann-Mauz zu. Bild: Faden

Widmann-Mauz findet es gut, dass sich die Tübinger Diakoniestation keinen externen Berater für solche Beratungsgespräche holt, sondern sie selber macht. So ist etwa Uhl immer dabei, wenn ein Patient zum ersten Mal besucht wird. Dann berät die Pflegedienstleiterin den Patienten auch über Stolperfallen. Danach aber sind es die Pfleger, die diese Aufgabe übernehmen. „Und wir sprechen die

„Man kann ja den Pflegedienst in der Stadt nicht gleich regeln wie im Schwarzwald.“

Annette Widmann-Mauz

Leute ja nicht einfach drauf an, sondern das ergibt sich aus der Situation. Die haben manchmal Kümernisse, über die man redet“, sagt Carlsen-Reinert. Das könne auch einfach mal nur das Raussuchen einer Telefonnummer sein, weil der Pflegebedürftige so schlecht sieht, dass er das Telefonbuch nicht mehr lesen kann. „Dafür jemanden extra einzustellen, wäre nicht sinnvoll“, pflichtet Holtorff der Politikerin bei.

Doch die Beratung bringt ein Problem mit sich, das sich offenbar alles andere als leicht lösen lässt. Carlsen-Reinert hat es symbolisch auf dem Schoß: eine gestrickte Puppe im weißen Kittel der Diakoniestation, sogar mit dem Emblem der Station darauf. „Die hat eine Kollegin gemacht – nach dem Motto ‚Wir stricken uns eine Pflegekraft‘“, sagt sie und lacht. Das Problem jedoch ist ernst. Uhl berichtet, dass sie seit

einigen Wochen schon eine Stelle ausgeschrieben hat. Für den späten Abenddienst. Der geht von 16 bis 22.30 Uhr und ist alles andere als einfach zu bewältigen. „Den muss man runterreißen, da hat man an einem Abend 30 bis 32 Patienten.“ Zu der ungeliebten Arbeitszeit und der Hetze kommt erschwerend noch dazu, dass die Pfleger oft keinen Parkplatz finden. Die Anwohner sind alle längst zuhause und haben alles zugestellt. Nicht eine einzige Bewerbung habe sie bekommen, sagt Uhl.

Widmann-Mauz berichtet von einem Palliativdienst, der sich diesen Abenddienst aufgeteilt hat. „Da sind dann zwei Pfleger unterwegs. Seither machen die das wieder gerne.“ Ob das nicht auch eine Lösung für die Tübinger Station sei? Uhl darauf: „Da müsste es aber erstmal einen kräftigen finanziellen Anreiz geben.“ Und Holtorff wendet ein, dass es eine erhebliche Belastung wäre, wenn der Abenddienst mit dem vorhan-

den Personal aufgeteilt werden würde: „Da macht man dann Frühdienst und nach ein paar Stunden nochmal vier Stunden Abenddienst.“ Es seien, sagt er, ja auch nicht die Patienten, die den Zeitdruck ausmachen, sondern die unerwarteten Situationen wie etwa ein Stau. Und eben die Parkplatzsuche. Widmann-Mauz schlägt vor, dass die Kommunen ja vielleicht auch für Pflegedienste eigene Stellplätze vorhalten könnten. „So wie fürs Carsharing und für Elektrofahrzeuge.“

Da fällt Weber noch ein anderes Problem ein, eines, das gerade in Tübingen diskutiert wird: die Altstadtberuhigung. Sie beschwert sich, dass die Pflegedienste nicht gehört wurden. „Jetzt ist das Fahrverbot in der Altstadt für uns noch ein Jahr aufgeschoben, aber ich kann doch das Essen auf Rädern nicht mit der Sackkarre liefern – das kostet doch alles!“ Was wiederum dazu führen könnte, dass sich der eine oder die andere eine derartige

Pflege und Betreuung nicht mehr leisten kann, nur weil er oder sie in der Altstadt wohnt. Das will Widmann-Mauz auch nicht. „Man kann ja den Pflegedienst in der Stadt nicht gleich regeln wie im Schwarzwald“, sagt sie und regt an, dass für bestimmte Zonen – wo es weite Wege gibt oder eben auch ein Fahrverbot gilt – Zuschläge von den Kassen bezahlt werden. „Denn die sind ja die Sichersteller der Pflege“, findet sie.

Uhl will nochmal übers Personal reden, über den Abenddienst. Was tun? „Wie viele Teilzeiter haben Sie denn?“ bereitet Widmann-Mauz einen Vorschlag vor. Uhl zählt auf: Unter den 30 Mitarbeitern der Diakoniestation gebe es nur eine Vollzeitkraft. Alle anderen arbeiten in Teilzeit. Dazu kommen noch sechs oder sieben Aushilfen auf 450-Euro-Basis. „Gott sei Dank“, sagt Uhl, „die retten uns.“ Es seien meistens Mitarbeiterinnen am Klinikum, die zusätzlich einen Aushilfsjob bei der Diakonie machen.

Für den Abenddienst findet Widmann-Mauz diese Aushilfen nicht so ideal. Denn zum einen sei er als geringfügige Beschäftigung mit 450 Euro nicht attraktiv bezahlt, zum anderen seien die jungen Frauen ja gerade dann unterwegs, wenn sich die Freunde treffen. „Das schmälert die Chancen auf dem Heiratsmarkt.“

Aber sie macht einen Vorschlag: Arbeitsverträge, die dem Leben der Angestellten besser gerecht würden, wie sie findet. Der gesplittete Dienst – zum Beispiel morgens von 8 bis 10 Uhr Dienst in der Diakoniestation, danach auf Station und dann nochmal Pflege unterwegs. „Da würde ich mir mehr Flexibilität wünschen“, sagt sie.

Holtorff ist skeptisch. „So ein gesplitteter Job – ich glaube, das zerreißt einen.“ Und er sei auch schlecht planbar: „Wenn ich zum Beispiel mal einen Mittwoch frei haben will, muss ich den in der Diakonie und auf Station frei haben – das wird kompliziert.“ Aber Widmann-Mauz bleibt dabei: „Sie bieten doch alles an – die Pflege unterwegs und die Station. Vielleicht ist die Trennung ja gar nicht so aufwändig. Und sie würde den Mitarbeitern auch mehr Zeit an den Wochenenden verschaffen – denn bisher haben da andere Mädel bessere Chancen auf dem Heiratsmarkt.“

Carlsen-Reinert bringt noch ein anderes Thema auf den Tisch, das sie richtig empört. Nachdem im Mai aufflog, dass in Berlin 230 Pflegedienste im großen Stil Abrechnungsbetrug begangen hatten, beschloss der Bundestag, die Abrechnungen von Pflegediensten bundesweit überprüfen zu lassen. „Da kommt dann jemand, der jedes Papier umdreht und meine Fachlichkeit in Frage stellt – das ist erniedrigend!“

Widmann-Mauz verteidigt die verschärfte Überprüfung: Die Politik müsse verschiedenen Interessen gerecht werden, denen der Schutzbedürftigen und denen der Beschäftigten. „Die in Berlin waren wirklich kriminell“, sagt sie. Die Diakonie aber solle die Verschärfung nicht treffen, darum gehe es nicht.

„Das Bild, das nach außen entsteht, ist nicht mehr die Freude am Beruf. Es geht immer um schlechte Arbeitszeiten und schlechte Bezahlung“, kritisiert Carlsen-Reinert und fragt: „Was können Politik und Gesellschaft leisten, um die schönen Seiten unseres Berufs zu zeigen? Denn er ist hoch sinnvoll.“ Widmann-Mauz pflichtet ihr bei und spielt den Ball gekonnt zurück. Sie nennt das Beispiel eines Handwerkers, der jeden Abend daheim über seinen Beruf bruddelt – „dessen Sohn wird den Betrieb bestimmt nicht übernehmen.“ Sie fragt: „Wie reden Sie selbst über Ihren Beruf? Es sollte nicht immer darum gehen, wie man die Rahmenbedingungen verbessert, sondern man sollte die eigene Motivation, aus der man den Beruf ergriffen hat, niemals vergessen.“ Denn es sei in der Tat ein schöner und wichtiger Beruf. Uhl ergreift diese Chance: „Wir haben noch freie Ausbildungsplätze“, wirbt sie.



Ein Video zu diesem Thema bei tagblatt.de/Video

